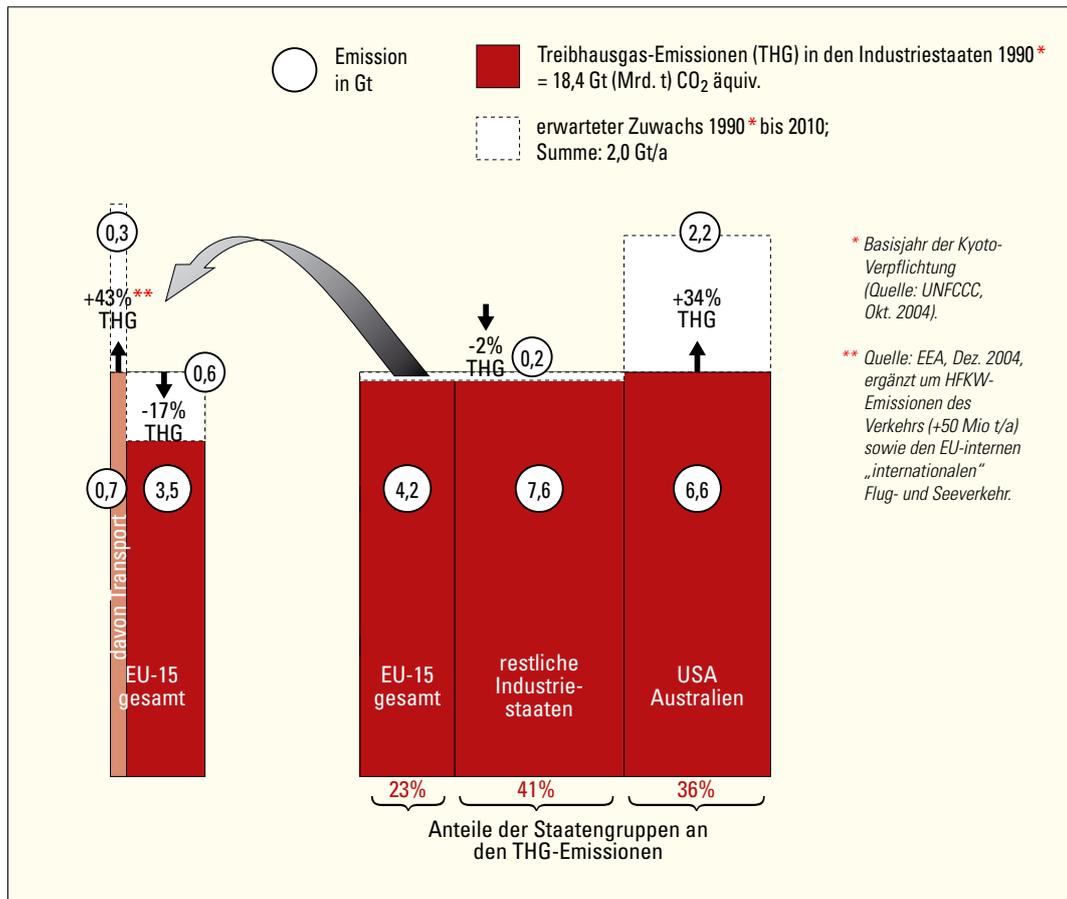


Industriestaaten am Ende der Kyoto-Periode: Nord-Süd-Spaltung verfestigt



Inzwischen steht fest: Der Norden kommt seinem Versprechen nicht nach. Die Emission von Treibhausgasen aus den Industriestaaten wird nach zwanzig Jahren deutlich angestiegen sein. Die Industrieländer werden mit gut 10 % Zuwachs über die Ziellinie gehen statt mit 5 % Minderung. Sie tragen damit, wie die Abbildung zeigt, zum globalen Anstieg der THG-Emissionen etwa 2 Gt/a bei, bzw. eigentlich um 3 Gt/a, weil sie ja in Kyoto eine Reduzierung um 1 Gt/a zugesagt hatten. Das Wachstum der Gruppe der Industriestaaten ist weitgehend bestimmt durch die USA und Australien, die beiden Kyoto-„Ausreißer“ (+ 2,2 Gt/a). Entscheidend ist, dass die Emissionen der Industriestaaten als Block nicht sinken sondern wachsen, also das falsche Vorzeichen aufweisen – damit wird ein falsches Zeichen gesetzt. Es wird die Legitimation verspielt, von der Gruppe der Entwicklungsländer ihrerseits Maßnahmen zur Begrenzung ihres Emissionswachstums einzufordern.

Das Klimaproblem wurde in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre politisch entdeckt. Darnach stand den führend Beteiligten etwa folgender Zeitplan für die Lösung vor Augen: Wir starten im Jahre 1990. Ziel der multilateralen Klimapolitik müsse es sein, die globalen Emissionen von Treibhausgasen (THG) bis etwa zum Jahre 2050 auf rund die Hälfte zurückzuführen. Von 1990 bis 2050 sind es drei mal zwanzig Jahre. Wir haben also drei Perioden Zeit für den Erfolg, den wir kooperativ anstreben. Die erste Periode, die zwanzig Jahre bis zum Jahre 2010, ist dann die Kyoto-Periode geworden, deren Ergebnisse nun im wesentlichen feststehen.

Bedingung der Kooperation war die Einsicht in den deutlich unterschiedlichen Anteil, den Industriestaaten und Entwicklungsländer am Aufwuchs des Problems, dem Gehalt an Treibhausgasen in der Luft, haben. Von 100 CO₂-Molekülen, die heute

bei der Verbrennung fossiler Energieträger emittiert werden, befinden sich nach 100 Jahren noch 40, selbst nach 1000 Jahren noch 15 in der Atmosphäre. Die Industriestaaten haben die Aufnahmekapazität der Erdatmosphäre im Verlaufe der Industrialisierung bereits weitgehend in Anspruch genommen, ihre Knappheit für weitere Treibhausgase ist deswegen ein Effekt ihrer Geschichte – aus diesem Grunde haben sie vorzugehen bei dem anstehenden Ausstieg aus dem Carbon-Zeitalter. Sie haben den Entwicklungsländern Platz zu machen und damit zu ihrer Verpflichtung aufgrund ihrer Geschichte zu stehen. In Kyoto wurde entsprechend entschieden. Die wesentlichen OECD-Staaten haben sich verpflichtet, in gleicher Größenordnung zu mindern: Die EU um 8, die USA um 7, Japan um 6 Prozent. Am Ende der ersten Periode wollten sie, alle zusammen genommen, fünf Prozent weniger emittieren. So stand es im Abschlusspapier von Kyoto.

Papier aber ist bekanntlich gelduldig, und Begriffe sind dehnbar. Das gleich erscheinende Ergebnis für Staaten völlig ungleicher Ausgangsbedingungen war nur möglich, weil in den Verhandlungen zwei für das Publikum schwer erkennbare ‚Schlupflöcher‘ gebohrt wurden: (1) Aus den örtlich bestimmten Emissionen („domestic“, was heißt „from their territory“) war ein possessives „their emissions“ geworden – was Raum schaffte für diverse Formen der Zu- und Wegrechnung in sämtlichen Arten des Emissionsrechtstransfers, vulgo ‚Emissionshandel‘. (2) Das Öffnen des Protokolls, welches bis dahin ein Protokoll für Abgase der Industriegesellschaft sein sollte, für bestimmte Formen biogener Senken, vor allem Wälder. Mit den Verhandlungsergebnissen von Bonn und Marrakesh (beide 2001) war erreicht: Die Reduktionsverpflichtung der Industriestaaten im ursprünglichen Sinne war ihrerseits reduziert von -5,2 auf etwa -2,5 %.

Doch dieses Missverhältnis, dass die meisten Akteure solidarisch (etwas) mindern und ‚zum Ausgleich‘ wenige kräftig wachsen, findet sich nicht nur unter (Industrie-)Staaten. Sie findet sich auch innerhalb der Staaten. In der Abbildung ist dies beispielhaft, für die EU, auf Sektorebene gezeigt. Heraus sticht der Verkehr. Dessen massives Überschießen, dessen Intransigenz, haben die übrigen Sektoren in Solidarität auszugleichen. Das gilt nicht nur für die EU, das gilt anderswo ebenso: Sowohl in den EU-Staaten, auch in Deutschland, als auch in den USA und in Australien.

Hans-Jochen Luhmann
Wuppertal Institut
jochen.luhmann@wupperinst.org